



Verband der bündnisgrünen
Kommunalen Wahlbeamtinnen
und Wahlbeamten Deutschlands e.V.

c/o GAR Landesverband
Baden-Württemberg,
Forststr. 93/1, 70176 Stuttgart
Telefon 0172-6223395

Vorsitz: Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister, Rathaus Stuttgart
Telefon (0711)2 16-23 40
Fax (0711)2 16-33 85
Email: klaus-peter.murawski@stuttgart.de

Pressemitteilung

Stuttgart, 25.11.2009

Gesamtbelastung der Kommunen im Jahr 2010 rund 13 Mrd. Euro

Grüne Bürgermeister schlagen Alarm: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bringt den Kommunen hohen Einnahmeverluste

Klaus-Peter Murawski, Bürgermeister und Vorsitzender von Grünkom e.V., dem Verband grüner kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten kritisiert das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, welches den Kommunen nach konservativen Rechnungen des Bundesministerium der Finanzen BMF Einnahmeverluste von 1,57 Mrd. Euro bringt.

Dabei sind die Städte und Gemeinden von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Im Vergleich zu Bund und Ländern tragen die Kommunen die größeren Verluste der drastischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben der Sozialleistungen. Allein im Jahr 2009 fehlen den Städten und Gemeinden 8,6 Mrd. Euro an Steuereinnahmen. Sie sinken von 80,4 Mrd. in 2008 auf 71,8 Mrd. in 2009. Während Bund und Länder ein Minus von 5 Prozent bzw. 6,7 Prozent bei den Steuereinnahmen hinnehmen müssen, vollzieht sich die Krise bei den Kommunen mit einem Minus von 10 Prozent wesentlich dramatischer. Dies hat zur Folge, dass im Kommunalen Gesamthaushalt mit einem Einbruch von bis zu 11 Mrd. Euro in 2009 zurechnen. Im nächsten Jahr sagen die Steuerschätzer ein weiteres Minus von 4 % bei den Steuereinnahmen voraus - trotz leichter Konjunkturerholung.

Mit dem jetzt geplanten Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden die Kommunen mitten in der Krise zusätzlich geschwächt. Der Finanzierungsanteil der Städte und Gemeinden an diesen Entlastungen (Gesamtvolumen 8,5 Mrd. Euro) in Höhe von mindestens 1,57 Mrd. Euro ist im Vergleich zu Bund und Ländern sehr hoch, da Schwarz-Gelb bereits in einem ersten Schritt an der Gewerbesteuer-Schraube dreht und die Kommunen in besonderer Weise von den Unternehmenssteuern abhängig sind.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine Bestandsgarantie der Gewerbesteuer. Ihr Wort hat nur wenige Monate gehalten. Denn mit diesem Gesetz will die neue Koalition die im Jahr 2008 beschlossenen Ansätze zur Stabilisierung der Gewerbesteuer in Teilen wieder rückgängig machen. Der sog. Hinzurechnungssatz auf Mieten und Pachten für Immobilien soll von 65 % auf 50 % reduziert werden. Auch die geplanten veränderten Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen (Mantelkauf und Zins-schranke) bei der Körperschaftssteuer führen zu geringeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer, da die Gewinnermittlung bei der Körperschaftssteuer als Grundlage für den Gewerbeertrag bei der Gewerbesteuer herangezogen wird. So tragen von den geplanten 3,5 Mrd. Euro Steuerentlastungen für die Unternehmen nach konservativen Schätzungen des Bundesministeriums für Finanzen allein die Kommunen rund 900 Mio. Euro.



Zusätzlich, so Klaus-Peter Murawski, belastet die Reduzierung des Bundesanteils an den KdU die Städte zusätzlich mit rd. 2 Mrd. Euro (Sechstes Gesetzes zur Änderung des SGB II):

Im kommenden Jahr ist aufgrund der Wirtschaftskrise mit einem außergewöhnlich starken Anstieg der Arbeitslosengeld II-Beziehenden zu rechnen. Nach einer Projektion des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) soll die Zahl der arbeitslosen ALG-II-Beziehenden bis 2010 um knapp ein Fünftel von 2,25 Millionen im Jahr 2008 auf 2,6 Millionen 2010 ansteigen. In der Folge werden sich auch die Gesamtausgaben für die Unterkunftskosten der ALG-II-Beziehenden voraussichtlich von 14 Milliarden in 2009 auf 15,8 Milliarden Euro im kommenden Jahr erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist nicht nachzuvollziehen, dass die Bundesregierung im dritten Jahr in Folge den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft absenkt, von durchschnittlich 31,8 Prozent in 2007 auf dann 23,6 Prozent im Jahr 2010. Die neuerliche Absenkung hätte zur Folge, dass die kommunalen Ausgaben im nächsten Jahr um 17 Prozent von 10,3 auf rund 12,1 Milliarden Euro steigen, während der Bund seine Ausgaben auf dem Status Quo 2009 einfriert.

Grünkom e.V. fordert mit den Ländern im Bundesrat (Bundesratsdrucksache 748/09 - die auf eine Initiative des Landes Nordrhein-Westfalens zurückgeht) die Bundesbeteiligung entsprechend der tatsächlichen Entwicklung der Ausgaben für Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 1 SGB II zu berechnen.

Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister, Landeshauptstadt Stuttgart

Vorsitzender Grünkom e.V.